

# Vor die Wahl gestellt!

Am 22. September 2013 findet die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag statt. Das Redaktionsteam von Spiel&Bühne hat den Kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien fünf Fragen gestellt, die Auskunft darüber geben, wie sich die Parteien zu zentralen Fragen des deutschen Amateurtheaters und der Breitenkultur in kurzen Statements positionieren.

**Im Bund Deutscher Amateurtheater sind mehr als 100.000 Menschen ehrenamtlich tätig. Die Enquete-Kommission der Bundesregierung „Kultur in Deutschland“ hat in ihrem Abschlussbericht die Bedeutung der Breitenkultur und des Amateurtheaters hervorgehoben. Wichtig sind in diesem Kontext beispielsweise auch die Forderungen nach Erleichterung und Anerkennung der Vereinsarbeit. Welche Schwerpunkte wird Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode setzen, um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftlich engagierte Menschen zu verbessern und die Empfehlungen der Enquete-Kommission weiter umzusetzen?**

## CDU/CSU

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in den letzten acht Jahren zwei große Reformen zur Stärkung des Ehrenamts durchgeführt: Sowohl die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts von 2007 als auch das Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts vom Februar 2013 basierten auf den Ideen der Enquete-Kommission. Durch eine verbesserte steuerliche Förderung und durch eine Optimierung bei den Haftungsregelungen des Zivilrechts haben wir unsere Anerkennung für kulturell ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck gebracht. Diese Neuregelungen sollten zunächst auf ihre Praxistauglichkeit geprüft werden. Die Stärkung des Ehrenamts bleibt aber für uns stets auf der Tagesordnung.



Foto Karsten Sörensen

Wolfgang Börnsen  
Kultur- und Medienpolitischer Sprecher  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



© SPD

Siegmund Ehrmann  
Kulturpolitischer Sprecher der  
SPD Bundestagsfraktion

## SPD

Die SPD hat die Vorschläge der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ zur Verbesserung des bürgerschaftlichen Engagements im Kulturbereich unterstützt. Einige dieser Vorschläge konnten mit der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts „Hilfen für Helfer“ umgesetzt werden. Das sog. „Gemeinnützigkeitsentbürokratisierungsgesetz“ knüpft daran an (bspw. wird die Übungsleiterpauschale angehoben ebenso wie die sog. „kleine Ehrenamtspauschale“) und baut bürokratische Hürden für bürgerschaftlich Engagierte, Vereine und Organisationen ab (bspw. die zivilrechtliche Haftung von ehrenamtlich tätigen Mitgliedern). Gleichwohl bleibt viel zu tun. Neben der notwendigen Stärkung des gemeinnützigen Engagements sehen wir zwei Punkte: Die Förderung des Ehrenamts muss der eigentliche Zweck bleiben. Das bürgerschaftliche Engagement darf kein Erfüllungsgehilfe für den Rückzug des Staates von seinen Aufgaben sein. Zudem braucht es mehr Infrastrukturförderung und nicht nur ein Mehr an individueller Förderung der ehrenamtlich Tätigen.

## FDP

Anfang Februar haben wir mit dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes Erleichterungen zur Förderung der Vereinsarbeit beschlossen. So wurde z. B. die Ehrenamtspauschale von 500 auf 720 Euro erhöht und die Haftung für Ehrenamtliche wesentlich reduziert. Alle Einnahmen unterliegen weder der Steuer- noch der Sozialversicherungspflicht. Die Regelung ist rückwirkend zum Jahresbeginn in Kraft getreten. Mit all diesen Maßnahmen stärken wir die ehrenamtliche Tätigkeit und rücken sie noch mehr ins Bewusstsein der Bürger. Die Theaterarbeit unterstützen wir insbesondere durch eine enge Abstimmung mit dem Bundesverband Freier Theater.

In der kommenden Legislaturperiode werden wir weiter daran arbeiten, die Leistungen und den Wert des bürgerschaftlichen Engagements für unsere Gesellschaft noch deutlicher hervorzuheben.

## DIE LINKE

Zentrale Anliegen der Linken in der Engagementpolitik sind Infrastrukturförderung und Stärkung der Anerkennungskultur. Wir wollen generell Vereinsarbeit stärken, was Auswirkungen auf Breitenkultur und Amateurtheater haben wird. Vereine brauchen finanziellen Spielraum und Planungssicherheit. Wir fordern u.a. auch, dass Nachweismöglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement weiter entwickelt und Vergünstigungen (Ehrenamtskarte) ausgebaut werden. Ein einfaches, verständliches, transparentes Antrags- und Abrechnungsverfahren für öffentliche Zuwendungen muss geschaffen werden sowie ein vielfältiges Angebot kostenfreier Fortbildungskurse. Unsere Schwerpunkte in der Engagementpolitik sind im Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag in der Bundestagsdrucksache 17/12190 zum „Gesetz zur Entbürokratisierung des Gemeinnützigkeitsrechts“ formuliert.

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Grüne Politik setzt sich dafür ein, bürgerschaftliches Engagement zu fördern. Dieses braucht mehr Anerkennung, Freiräume und Unterstützung, auch eigene feste Orte und Einrichtungen. Wir wollen die in vielen Städten und Gemeinden entstandenen Freiwilligenzentren und Einrichtungen zur Engagementförderung stärken. Unser Ansatz zielt zudem darauf, auch Ausgegrenzte einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu geben. Dafür wollen wir einen Dialog auf Augenhöhe zwischen Bund, Ländern, Kommunen und betroffenen Organisationen.



Foto: Anne Hasselbach

Reiner Peter Deutschmann  
Kulturpolitischer Sprecher der  
FDP-Bundestagsfraktion



Foto: Laurence Chaperon

Dr. Lukrezia Jochimsen  
Kulturpolitische Sprecherin  
der Linksfraktion im Bundestag



Agnes Krumwiede  
Sprecherin für Kulturpolitik  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Gerade im ländlichen Raum übernimmt das Amateurtheater wichtige Aufgaben der kulturellen Bildung. Es trägt zur Grundversorgung im Bereich Kunst und Kultur bei. Dabei ist das Amateurtheater besonders geeignet, Identität herzustellen und damit auch einer zunehmenden Landflucht entgegenzuwirken. Für welche Maßnahmen setzen Sie sich ein, um Kultur im ländlichen Raum zu stärken und wie wollen Sie die Infrastruktur verbessern?**

## CDU/CSU

Hochkultur und Breitenkultur dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern ergänzen sich. Ohne die Arbeit von Kulturschaffenden in ländlichen Räumen wären auch die Kulturleuchttürme undenkbar. Die Bürgerkultur ist unverzichtbar für den Erhalt und die Förderung unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Auch wenn die Kultur in ländlichen Räumen in erster Linie Sache der Länder ist und diese sich ihrer Aufgabe bewusst sind und zum Teil viele innovative Projekte anstoßen - auch der Bund wird hierbei seiner Mitverantwortung gerecht. Wir haben bspw. die Mittel für die Bundesvereinigung Soziokultur erhöht, eine Initiative zur Stärkung des Kulturtourismus gestartet, ein Programm zur Unterstützung kleinerer Kinos ins Leben gerufen und das erfolgreiche Denkmalschutzsonderprogramm fortgeführt, durch das hunderte Kulturdenkmäler in der Fläche saniert und erhalten werden können. Darüber hinaus fördern wir mit dem Programm „Kultur macht stark“ zahlreiche Projekte im Bereich Kulturelle Bildung, auch des Bundes Deutscher Amateurtheater. Für uns hat es Priorität, diese wichtigen Initiativen fortzuführen und womöglich auszubauen.

## SPD

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in ihrem Positionspapier und Antrag „Gutes Leben, Gute Innovationen, Gute Arbeit - Politik für ländliche Räume effektiv und effizient gestalten“ (BT-Drs. 17/11031) die mit der Entwicklung des ländlichen Raums verbundenen Herausforderungen beschrieben. Neben dem demografischen Wandel ist es vor allem die Abwanderung, die in der öffentlichen Daseinsvorsorge und damit auch bei Bildungs- und Kulturangeboten in ländlichen Räumen Defizite entstehen lassen. Die SPD wird sich in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und insbesondere an Kultur- und Bildungsangeboten sichergestellt wird, indem u.a. wohnortnahe Dienstleistungen und Bildungs- und Kulturangebote gesichert werden, u.a. durch die Sicherung der kulturellen Teilhabe, die Förderung der kulturellen Vielfalt und aktivierenden Kulturarbeiten sowie die Stärkung von kulturellen Netzwerken.

## FDP

Wir als FDP plädieren dafür, dass Kultur nicht nur im urbanen Raum stattfindet, sondern eben auch im ländlichen Raum, wo den Amateurtheatern besondere Bedeutung zukommt. In diesem Haushaltsjahr haben wir die Mittel der Bundeskulturstiftung um fünf Millionen

Euro aufgestockt. Der Fonds Darstellende Künste partizipiert daran mit 600.000 Euro. Grundsätzlich muss gesagt werden, dass die Zuständigkeit hier bei den Kommunen und Ländern liegt.

## DIE LINKE.

Die Verbesserung der Finanzausstattung von Ländern und Kommunen ist aus unserer Sicht die entscheidende Voraussetzung zur Stärkung der Kultur im ländlichen Raum, können doch immer weniger Gemeinden ihren Aufgaben zur Daseinsvorsorge nachkommen. Notwendig ist eine Gemeindefinanzreform. Zu überdenken wäre auch, ob nicht alle Aufgaben der Daseinsvorsorge den Charakter von Pflichtaufgaben erhalten sollten - also auch die Kultur.

Wir setzen uns für Kulturfördergesetze mit einem interkommunalen Finanzausgleich in den Ländern ein, nach dem Beispiel des Sächsischen Kulturraumgesetzes.

## BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kulturpolitik muss die Rahmenbedingungen schaffen, um den Zugang zu Kunst und Kultur sicherzustellen. Wo am Ende keine Kultur mehr verfügbar ist, da verarmen Gemeinden und Regionen. Für uns Grüne ist klar: Wir wollen keine kulturell verödeten Landstriche. Trotz Finanzkrise und Schuldenbremse darf es keinen Raubbau an kultureller Infrastruktur geben.

Unser Ziel ist, Kulturfinanzierung auf ein sicheres Fundament zu stellen, damit Länder und Kommunen ihrer wichtigen Aufgabe der Kulturfinanzierung, der Investition in Teilhabe an Kultur und Kunst nachkommen können. Wir wollen die strukturelle Unterfinanzierung unseres Gemeinwesens durch höhere Steuern auf große Einkommen und Vermögen mindern.

**Viele Amateurtheatervereine sind von den Folgen der Frequenzbereichszuweisungsplanverordnung stark betroffen. Aufgrund der formalen Einschränkungen, z. B. bezogen auf den Anschaffungszeitraum und die Abschreibungsfrist, konnten die Bühnen nicht an der Kostenerstattung partizipieren, sondern sie mussten die Umstellung selbst finanzieren. Welche Überlegungen gibt es vonseiten Ihrer Partei, die Umsetzung der Richtlinie an die Realitäten anzupassen?**

## CDU/CSU

Die CDU/CSU-Fraktion hat die Bundesregierung seit Langem darauf hingewiesen, dass Vereine der Breiten- und Laienkultur sowie ehrenamtliche Organisationen für die Frequenzumstellung noch nicht angemessen entschädigt worden sind. Wir haben daher erneut das Gespräch mit dem Bundeswirtschaftsminister gesucht. Er wird nun versuchen, die Richtlinie so zu verändern, dass für gemeinnützige Einrichtungen auch ältere Geräte (Anschaffung vor dem 1.1.2006) zumindest anteilig erstattungsfähig werden, wenn Störungen vorliegen. Das Ziel ist, dass Geräte erstattungsfähig werden, die zehn Jahre nach der Anschaffung durch Störungen betroffen sind (bislang acht). Dies wäre ein wichtiger Schritt nach vorn.

## **SPD**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Oktober 2010 einen Antrag im Bundestag eingebracht und gefordert, betroffene Kultureinrichtungen nach der Frequenzumstellung für drahtlose Mikrofone angemessen zu entschädigen. Wir drängen darauf, dass der Bund die Kosten, die sich aus notwendigen Umstellungen ergeben, in angemessener Form trägt. Im Vermittlungsverfahren zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) ist es gelungen, Verbesserungen durchzusetzen. Dies betraf bspw. die Festlegung einer längeren Nutzungsdauer von Anlagen gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Institutionen. Nach wie vor halten wir die Billigkeitsrichtlinie für unzureichend, sowohl hinsichtlich Gesamtausstattung als auch der einzelnen Anspruchskriterien. Daher sollten die Kriterien der Billigkeitsrichtlinie vor dem Hintergrund der bis dahin vorliegenden Erfahrungen kritisch auf den Prüfstand gestellt und ggfs. korrigiert werden.

## **FDP**

Das Problem ist erkannt, und wir arbeiten daran. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir Gespräche mit dem zuständigen Bundeswirtschaftsministerium geführt. Unser Ziel ist, die Frist für erstattungsfähige Altgeräte von acht auf zehn Jahre zu verlängern. Die Richtlinie soll so geändert werden, dass auch ältere Geräte, die vor dem 1. Januar 2006 angeschafft worden sind, zumindest anteilig erstattungsfähig werden.

## **DIE LINKE.**

DIE LINKE. fordert den Anwendungsbereich der (Billigkeits-) Richtlinie auf die Geräte auszudehnen, die ab 2001 angeschafft wurden. Hierbei muss sichergestellt sein, dass jede Einrichtung, deren Geräteeinheiten wegen der Umwidmung der Frequenzen nicht mehr genutzt werden können, mindestens 30 % der ursprünglichen Anschaffungskosten erhält.

Außerdem wollen wir, dass die Kostenerstattung bereits dann ausgezahlt wird, wenn die Aufstellung einer (LTE-) Antenne im Beeinflussungsbereich des jeweiligen Theaters genehmigt wird. Schließlich müssen die Frequenzbereiche, auf die die Theater wegen der letzten Frequenzversteigerung ausweichen mussten, von künftigen Frequenzversteigerungen ausgenommen werden (vgl. dazu Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag „Die Billigkeitsrichtlinie zu den Umstellungskosten aus der Umwidmung von Frequenzen den Realitäten anpassen“ Bundestagsdrucksache 17/7655).

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir unterstützen die Entschädigung der Amateurtheater. Daher hat die bündnisgrüne Bundestagsfraktion in einem Antrag (17/2920 „Kultur und Rundfunk nicht durch die Frequenzumstellung schädigen“) gefordert, dass mehr Geld für die Entschädigung der Betroffenen zur Verfügung gestellt wird.

Im Vermittlungsausschuss zum Telekommunikationsgesetz haben sich Bund und Länder zwar auf eine Locke-

rung der Kriterien geeinigt, das ist aber nur ein Minimumkonsens, keine Garantie dafür, dass alle entschädigt werden. Wir fordern deshalb, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die den Einrichtungen der Kultur- und Medienlandschaft eine Entschädigung in der Höhe garantiert, die den tatsächlichen Kosten entspricht.

## **Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung gewinnt lebenslanges Lernen und aktive kulturelle Partizipation an Bedeutung. Welche Förderinstrumente und Maßnahmen planen Sie in der nächsten Legislaturperiode in diesem Kontext für Seniorinnen und Senioren?**

## **CDU/CSU**

Die aktive Teilhabe älterer Menschen ist ein Gewinn für unsere Gesellschaft, ihre Lebenserfahrung und ihre Lebensweisheit müssen in allen Bereichen, nicht nur in der Kultur, genutzt werden. Wichtige Maßnahmen für eine noch stärkere Integration haben wir bereits mit der Gründung von Mehrgenerationenhäusern, der Erweiterung des Freiwilligendienstes auf Senioren und Seniorinnen oder den Initiativen „Erfahrung ist Zukunft“ und „Wirtschaftsfaktor Alter“ auf den Weg gebracht. Eine besondere Herausforderung besteht vor allem in der Einbindung der älteren Generation in die digitale Gesellschaft. Die Angebote der Medienbildung müssen künftig sehr viel stärker auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten älterer Menschen zugeschnitten werden. Dazu hat die von uns geleitete Enquete-Kommission „Internet und Digitale Gesellschaft“ erste Vorschläge gemacht.

## **SPD**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich im Projekt Zukunft mit dem Demografischen Wandel befasst und dabei auch den Aspekt der kulturellen Vielfalt in der älter werdenden Gesellschaft betrachtet. (siehe dazu: <http://www.spdfraktion.de/node/11198>). Das Anwachsen der Generation 50+ wirft die Fragen nach dem Erhalt der kulturellen Vielfalt und der Zugänglichkeit im kulturellen Angebot auch für ältere Menschen auf. Deshalb werden Kommunen ein besonderes Augenmerk auf die Erhaltung und den Ausbau entsprechender kultureller Angebote legen müssen. Es ist notwendig, dass die öffentliche Finanzierung von Kulturangeboten in den Kommunen, wie z. B. Bibliotheken, oder von Angeboten der kulturellen Bildung als Teil der Daseinsvorsorge gesehen und Barrieren im Kulturangebot für die ältere Generation abgebaut werden. Dazu gehört bspw. das Bereithalten von Fahrdiensten oder die Bestuhlung von Konzerten.

## **FDP**

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben bleibt der möglichst frühe und lebenslange Zugang zu individueller Bildung. Unser Anspruch ist es deshalb, dass Bildung als Bürgerrecht unabhängig von der sozialen Herkunft dem Bürger offen steht. Die Bildung endet nicht mit einem schulischen oder akade-

mischen Abschluss. Menschen lernen ein Leben lang. Weiterbildung eröffnet dabei Entfaltungschancen und ermöglicht den beruflichen Aufstieg. Wir wollen deshalb individuelle Anstrengungen zur Bildung in jedem Alter unterstützen, z. B. durch privates Bildungssparen und durch die erweiterten Fördermöglichkeiten der Bundesagentur für Arbeit für Beschäftigte. Aber auch hier weise ich darauf hin, dass die Bildungshoheit bei den Ländern liegt.

## **DIE LINKE.**

DIE LINKE. setzt sich für eine gesellschaftliche Aufwertung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens ein. Beides darf nicht auf kurzfristige ökonomische Verwertbarkeit reduziert werden, sondern muss neben der beruflichen Qualifikation auch als Beitrag zur kulturellen und gesellschaftlichen Emanzipation verstanden werden. Allgemeine Weiterbildung, lebenslanges Lernen und politische Bildung sind nicht nur wichtig für die Persönlichkeitsentwicklung, sondern auch für Demokratieentwicklung und ehrenamtliches Engagement, bestimmen sie doch wesentlich das Maß an gesellschaftlicher Teilhabe. DIE LINKE. fordert, dass sich beispielsweise Hochschulen vermehrt für Seniorinnen und Senioren öffnen und keine Gebühren für ein sogenanntes „Seniorstudium“ erheben.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Es ist eine gute Nachricht, dass die Menschen immer älter werden und länger agil bleiben. Teilhabe und Selbstbestimmung müssen bis ins hohe Alter möglich sein. Wir setzen uns für einen kulturellen Wandel ein, einen neuen Generationenvertrag, der das Erfahrungswissen der Älteren - insbesondere das kulturelle Erbe, welches auf den Lebensleistungen beruht - und das Engagement der Jungen kombiniert.

Wir suchen neue Konzepte und wollen die Teilhabe vor allem älterer Menschen gewährleisten, indem wir sie bei Entscheidungen verbindlich einbeziehen. Das geht weit über barrierefreien Zugang hinaus und schließt den Erhalt und Ausbau einer breiten und vielfältigen kulturellen Infrastruktur ein.

**Das Amateurtheater ist wesentlicher Träger der Mundarten und Minderheiten-Sprachen. Viele hundert Bühnen tragen das immaterielle Erbe in ihrer theaterpraktischen Arbeit weiter. Unterstützt Ihre Partei die Anträge des BDAT auf Länderebene hinsichtlich der Anerkennung des Amateurtheaters als immaterielles Kulturerbe der UNESCO?**

## **CDU/CSU**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion war Initiator und maßgeblicher Motor für die Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens zum Erhalt des immateriellen Kulturerbes. Dem Amateurtheater sowie den Minderheitensprachen fühlen wir uns besonders verpflichtet. Gerne werden wir daher entsprechende Anträge unterstützen. Wichtig ist uns, dass Vorschläge aus der Zivilgesellschaft, in einem Prozess „von unten nach oben“ ent-

wickelt werden. Vereine, Verbände und Organisationen können ihre Initiativen bei den Ländern einreichen. Ein Expertenkomitee trifft die Auswahlentscheidung, die anschließend auf nationaler Ebene zusammengeführt werden.

## **SPD**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit ihrem Antrag „Ratifizierung des UNESCO-Übereinkommens zur Bewahrung des immateriellen Kulturerbes vorbereiten und unverzüglich umsetzen“ (BT-Drs. 17/6301) erfolgreich dafür eingesetzt, dass Deutschland am 10. April 2013 dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des immateriellen Kulturerbes beigetreten ist. Mit dem Beitritt zum UNESCO-Übereinkommen verpflichtet sich Deutschland, ein Verzeichnis des hierzulande gepflegten immateriellen Kulturerbes zu erstellen. Die SPD unterstützt diesen Prozess, da auf diese Weise die vielfältige und in jeder Hinsicht schätzenswerte Kulturlandschaft in Deutschland, zu der auch das Amateurtheater als Teil einer lebendigen Alltags- und Laienkultur gehört, besondere Anerkennung erfährt.

## **FDP**

Mein Büro hat im vergangenen Jahr den Antrag zum immateriellen Kulturerbe erarbeitet, auf dessen Grundlage die Bundesregierung das UNESCO-Abkommen zum Schutz des immateriellen Kulturerbes ratifiziert hat. Deshalb unterstützen wir natürlich gern den entsprechenden Antrag des BDAT.

## **DIE LINKE.**

DIE LINKE. begrüßt, dass die UNESCO-Konvention zum immateriellen Kulturerbe nun endlich auch in Deutschland umgesetzt wird. Am 3. Mai beginnt das Bewerbungsverfahren für das bundesweite Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes. Gruppen und Gemeinschaften, die eine kulturelle Ausdrucksform praktizieren, können ihre Anmeldung bis zum 30. November 2013 in ihrem Bundesland einreichen. Wir haben die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Linken in den Ländern über die Anträge des BDAT zur Anerkennung des Amateurtheaters als immaterielles Kulturerbe der UNESCO schon informiert und werden uns mit ihnen dazu verständigend.

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Wir begrüßen die Aufnahme von Amateurtheatern, welche sich mit der Pflege von Mundart und Minderheitensprachen befassen, in das Verzeichnis ausdrücklich. Wir fordern zwar eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an dem Auswahlprozess, sehen aber gerade die Amateurtheater als prädestinierte Kandidaten, da sie insbesondere die Kriterien „Bewahrung und Weitergabe des lebendigen kulturellen Erbes“ und „Ausübung und Pflege des immateriellen Kulturerbes mit nachweislich nicht vorrangig kommerziellem Interesse“, klar erfüllen.